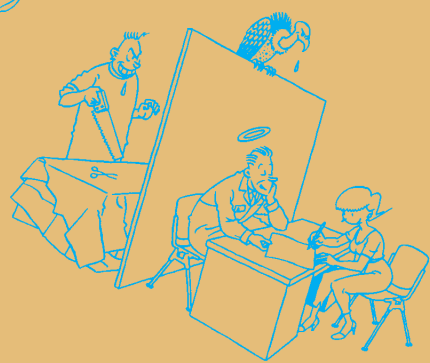
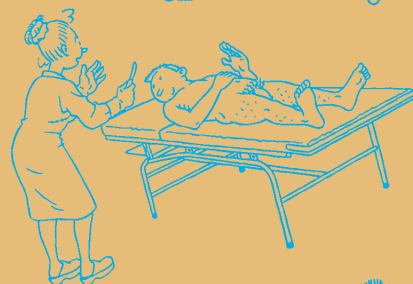
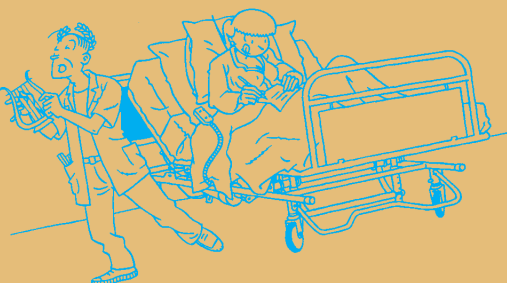
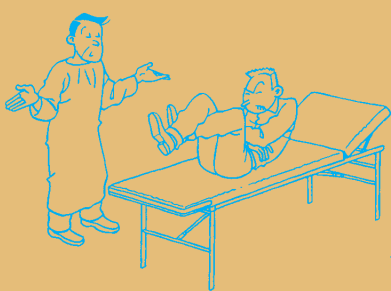
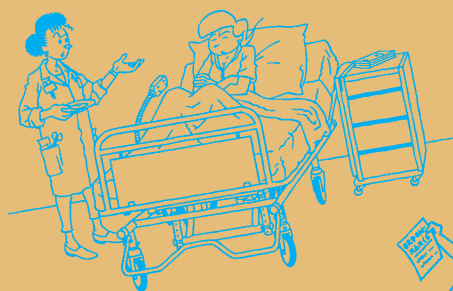


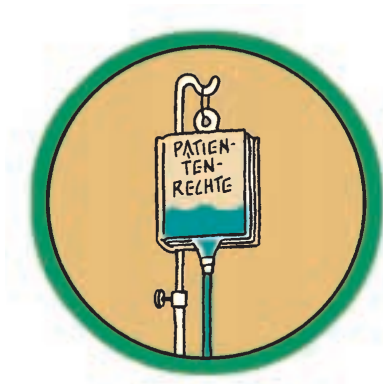
DIE RECHTE DER PATIENTEN



PATIENTE VERTRIEDUNG



DIE RECHTE DER PATIENTEN



erstellt von der Patient*innen Vertretung asbl
mit finanzieller Unterstützung vom Ministère de la Santé

INHALT

Zum Geleit	6
Vorwort	7
I. Die Beziehung Patient - Leistungsanbieter - Krankenhaus	9
1. Information	11
2. Aufgeklärte Einwilligung	12
3. Einsichtsrecht	14
4. Schweigepflicht	16
5. Freie Wahl des Leistungsanbieters	17
6. Sicherheit der Patienten und Besucher	18
7. Mitwirkung an der Ausbildung, Versuchsbehandlungen und Experimente	19
8. Hilfestellungspflicht des Pflege- und medizinischen Personals	20
II. Verletzung der Sorgfaltspflicht, Behandlungsfehler und Rechtsmittel	21
9. Schadensfeststellung	23
10. Schlichtung	25
11. Beschwerdeverfahren	25
12. Gerichtsverfahren	26
III. Rechnungen und Honorare	27
13. Verfahren bei Anfechtung einer Rechnung	29
IV. Psychiatrie	31
14. Unterbringung und Behandlung	33
V. Besondere Problembereiche	35
15. Organentnahme	37
16. Gewissensfreiheit der Behandler	38
17. Zweitmeinung	39
18. Autopsie	40
19. Schmerzlindernde Behandlung und "Therapiebesessenheit"	41
VI. Verschiedenes	42
20. Die wichtigsten geltenden Gesetze	42
21. Begriffsbestimmungen	43
22. Nützliche Adressen	44

Zum Geleit

Lieber Leser,

Gegenseitiges Vertrauen ist die nötige Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit zwischen Patient und Arzt oder den Vertretern der Gesundheitsberufe insgesamt. Dieses Vertrauen ist durch nichts zu ersetzen, doch gibt es daneben noch andere Prinzipien, die in der Beziehung zwischen Patient und Leistungserbringer wichtig sind.



Beide haben Rechte, beide haben Pflichten. Dazu gehört auch das Recht auf Information, die Pflicht zur Information.

Als Partner und als verantwortungsvoller Patient haben Sie, lieber Leser das Recht an den Entscheidungen, die Ihre Gesundheit betreffen, aktiv miteingebunden zu werden.

Diese Broschüre soll Ihnen in einer anschaulichen Form dabei helfen Sie über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären. Sie ist bewusst faktuell gehalten und humorvoll illustriert - der Ton macht die Musik - und soll dazu beitragen, dass das von Vertrauen und Zusammenarbeit getragene Verhältnis zwischen Ihnen und Ihren Leistungsanbietern weiter gestärkt wird und Ihnen, mit Ihrer Zusammenarbeit, die bestmögliche Betreuung zu teil werden kann.

In diesem Sinne entspricht diese Broschüre der „Patienteverriedung“ auch den Vorstellungen der Weltgesundheitsorganisation, die in ihrer Charta von Ottawa (1996), die Verantwortungsfähigkeit der Bürger für ihre Gesundheit stärken will und zu einer positiven Haltung in Gesundheitsfragen aufruft. Dies ist jedoch nur möglich, wenn Ihr Verhältnis mit Ihrem Leistungserbringer auf objektiven, ehrlichen und für Sie verständlichen Informationen, positivem Dialog und gegenseitiger Akzeptanz beruht und zu einer Betreuung führt, in der alle Partner sich respektiert und verantwortlich fühlen. Dieses Vorgehen setzt voraus, dass Sie -obwohl vielleicht krank aber nicht wehrlos - gegebenenfalls im Verbund mit Ihrer(n) Vertrauensperson(en), die Entscheidungen die Ihre Gesundheit und Zukunft, als aufgeklärter, verantwortlicher und freier Bürger mitbestimmen wollen und dürfen.

Dies ist auch der Wille des Gesetzgebers, der Ihre Rechte auf Information, aufgeklärte Einwilligung, Einsichtnahme in die Krankenunterlagen, vertrauliche Behandlung, Beachtung Ihrer Integrität und Würde, im Krankenhausgesetz vom 28. August 1998 verankert hat.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute.

A stylized, handwritten signature in black ink, consisting of several vertical strokes and a few horizontal ones, forming a unique, abstract shape.

Mars Di Bartolomeo
Gesundheitsminister

Vorwort

Der gemeinnützige Verein "Patiente Verriedung asbl" ist seit zehn Jahren im Gesundheitsbereich aktiv. Seine Maxime lautet, eine konsensorientierte Lösung der Probleme zu finden, die zwischen Patienten und Leistungsanbietern auftreten können. In diesen Jahren mussten wir oft feststellen, dass mangelnde Information und der häufig fehlende Dialog zu überflüssigen Konflikten führen können.



Deshalb wollen wir mit dieser Broschüre, die sich sowohl an Patienten als auch an Leistungsanbieter richtet, dazu beitragen, dass derartige Konflikte vermieden werden.

Uns Patienten gibt sie Auskunft über unsere Rechte und die notwendigen Informationen darüber, wie wir uns gegenüber den Behandelnden verhalten können.

Dem Leistungsanbieter wiederum hilft die Broschüre, auf Fragen von Patienten besser Antwort zu geben.

Mein besonderer Dank gilt unserer Schweizer Schwesterorganisation "Forum Gesundheit", die uns gestattet hat, die Struktur ihrer Broschüre zu übernehmen.

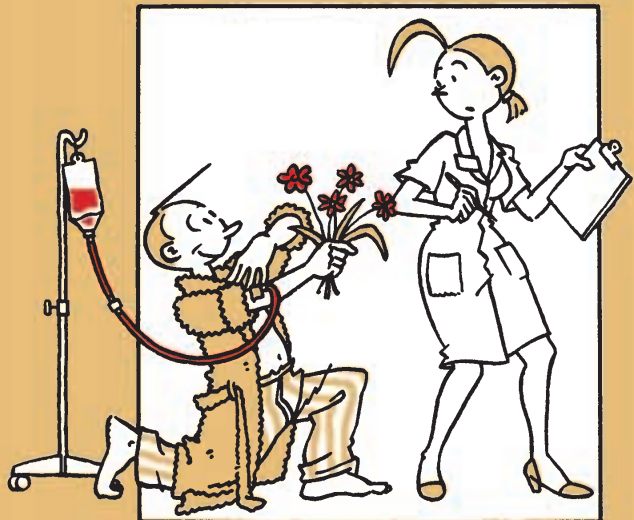
Ich danke auch dem Gesundheitsminister, der sich spontan bereit erklärt hat, die Kosten für diese Broschüre zu tragen, und auf diese Weise zu einem besseren gegenseitigen Verständnis aller Beteiligten, zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Patienten und Angehörigen von Gesundheitsfachberufen und zur Entstehung einer echten Partnerschaft für Gesundheit für alle beitragen will.

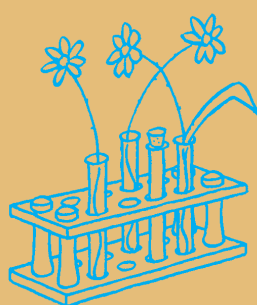
A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Pizzaferri'.

René Pizzaferri
Präsident der Patiente Verriedung

* Unter "Patienten und Behandlern" sind "Patientinnen und Behandlerinnen" mitzuverstehen.

I. Die Beziehung Patient - Leistungsanbieter - Krankenhaus





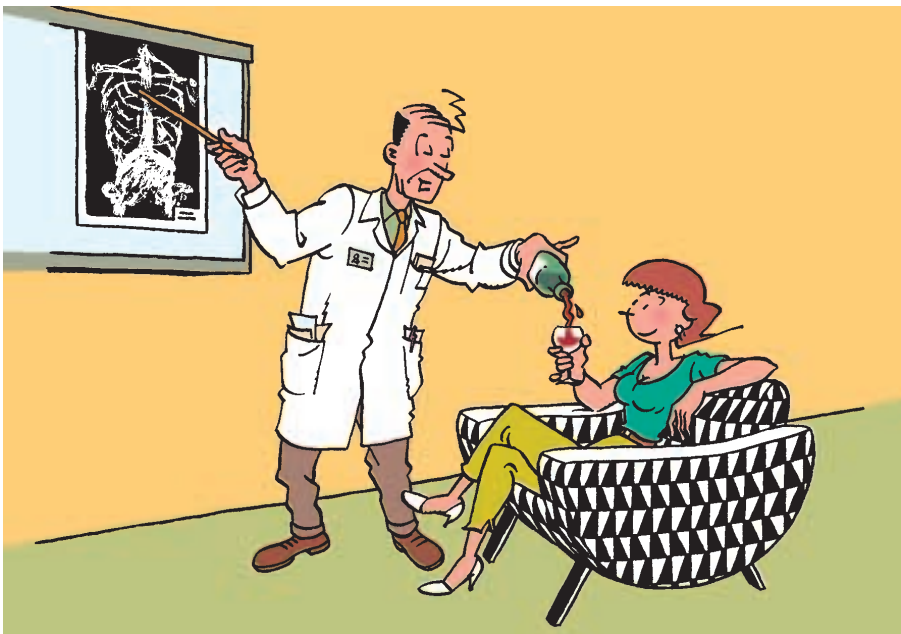
1. Information

Jeder Patient hat das Recht, über seinen Gesundheitszustand, seine Diagnose und die angebotenen Behandlungen informiert zu werden. Es ist Aufgabe der Behandler, dem Patienten Auskunft zu erteilen. Die Information muss in einer für den Patienten verständlichen und klaren Sprache, in angemessenem Umfang und unter Berücksichtigung der möglichen Reaktionen des Patienten erfolgen. Der Arzt muss (außer im Notfall) den Patienten so weit wie möglich über die Wirkungen und Folgen der geplanten Untersuchung und der Behandlung aufklären.

Die Verantwortung für die Information über die Diagnose, Behandlung und Untersuchungsergebnisse trägt der Arzt. Die anderen Angehörigen von Gesundheitsfachberufen tragen im Rahmen ihres Fachwissens dazu bei.

Das Krankenhaus informiert den Patienten angemessen über die Rechte und Pflichten, gemäss Kapitel 10 des Krankenhausgesetzes vom 28. August 1998, sowie über die praktischen Modalitäten und die finanziellen Bedingungen seines Aufenthalts einschließlich der Höhe seiner Selbstbeteiligung.

Natürlich hat der Patient auch das Recht, auf seinen ausdrücklichen Wunsch nicht informiert zu werden.



2. Aufgeklärte Einwilligung

Keine diagnostische oder therapeutische Maßnahme, sei sie körperlicher oder psychischer Art, darf ohne die aufgeklärte Einwilligung des Patienten erfolgen.

Eine aufgeklärte Einwilligung setzt voraus, dass der Patient vom Behandler alle Informationen erhalten hat, die notwendig sind, um seine Situation und die Tragweite seiner Entscheidung zu verstehen. Je größer das Risiko ist, das seine Entscheidung beinhaltet, desto detaillierter muss die Information des Patienten vor seiner Einwilligung sein.

Der Patient hat das Recht, jede diagnostische oder therapeutische Maßnahme abzulehnen oder zu akzeptieren.

Ist der Arzt der Ansicht, dass sein Patient sich einer Maßnahme zu Unrecht verschließt, bittet er ihn üblicherweise um eine schriftliche Bestätigung seiner Ablehnung.

Bei einem nicht dringenden chirurgischen Eingriff kann es für den Patienten sinnvoll sein, eine zweite ärztliche Meinung einzuholen (siehe Kapitel 17).



Einwilligungsfähigkeit

Bei Minderjährigen oder Betreuten muss, sofern kein Notfall vorliegt, die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters, also der sorgeberechtigten Eltern oder des Betreuers, eingeholt werden. Der gesetzliche Vertreter muss dann die Entscheidung treffen, die den Interessen des Patienten am besten gerecht wird.

Besteht eine unmittelbare, ernste Gefahr für das Leben oder die Gesundheit des Minderjährigen oder Betreuten, kann ein Arzt, wenn der gesetzliche Vertreter seine Zustimmung verweigert, alle medizinisch notwendigen Maßnahmen ergreifen, die die Situation nach den Regeln der medizinischen Wissenschaft erfordert.

3. Einsichtsrecht

Die Einsichtnahme in Krankenunterlagen erfolgt im Allgemeinen im Rahmen des Vertrauensverhältnisses zwischen Patient und Behandler.

Der Patient hat ein Recht auf Einsicht in seine Krankenakten. Er nimmt dieses Recht persönlich wahr oder beauftragt hiermit einen Arzt seiner Wahl. Er kann die Unterlagen an Ort und Stelle (im Krankenhaus) einsehen oder Kopien davon anfordern.

Verstirbt der Patient, können sein nicht getrennt lebender Ehepartner und seine Kinder, jede andere Person, die zum Zeitpunkt des Todes mit dem Patienten in demselben Haushalt gelebt hat, oder im Falle eines Minderjährigen seine Eltern einen Arzt mit der Wahrnehmung des Einsichtsrechts beauftragen.

Am Ende eines Krankenhausaufenthaltes händigen die behandelnden Ärzte des Krankenhauses dem Patienten und seinem behandelnden Arzt eine klinische Zusammenfassung ("Arztbrief") aus.



Inhalt der Krankenunterlagen

Die Krankenakten müssen, die medizinischen Daten aus der Anamnese, sowie Arzt- und Pflegerberichten, Analyseergebnisse, Diagnoseuntersuchungsprotokolle, Verordnungen oder Verschreibungen, Röntgenbilder und alle anderen für den Gesundheitszustand bzw. die Behandlung des Kranken erheblichen Unterlagen, enthalten.

Einsichtsvorbehalt

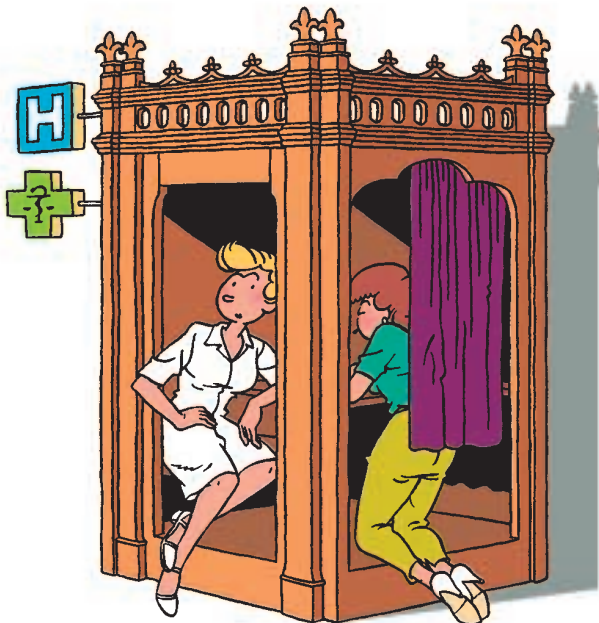
Der Patient ist jedoch nicht berechtigt, die "rein persönlichen" Notizen des Behandlers einzusehen, d.h. Aufzeichnungen, die die subjektiven Eindrücke und Wahrnehmungen des Behandlers enthalten und ihn selbst und den Patienten betreffen.

4. Schweigepflicht

Angehörige von Gesundheitsfachberufen, deren Mitarbeiter und Studenten und Auszubildende dieser Berufe unterliegen nach Art. 458 des Strafgesetzbuches der beruflichen Schweigepflicht. Danach ist es ihre Pflicht, Verschwiegenheit über alles zu wahren, was ihnen bei der Ausübung ihres Berufes bekannt wird, und diese Geheimnisse außer in den gesetzlichen vorgesehenen Fällen keinem zu offenbaren.

Der Patient hat jederzeit das Recht informiert zu werden und in seine Krankenakte einzusehen. Der Behandelnde darf ihm also niemals eine Information unter dem Vorwand verweigern, sie falle unter die berufliche Schweigepflicht. Mit anderen Worten, die Schweigepflicht obliegt dem Behandler, um den Patienten zu schützen, und nicht, um seine Wissensfreiheit und seine Selbstbestimmung einzuschränken.

Der Patient kann den Behandler von seiner Schweigepflicht entbinden. Hierzu reicht es aus, wenn er seinen Arzt mündlich ermächtigt, in Kontakt mit der von ihm bezeichneten Person zu treten. Es kann jedoch, insbesondere in heiklen oder gar Konfliktsituationen, vorkommen, dass der Behandelnde den Patienten um eine schriftliche Bestätigung der Entbindung von seiner Schweigepflicht bittet.

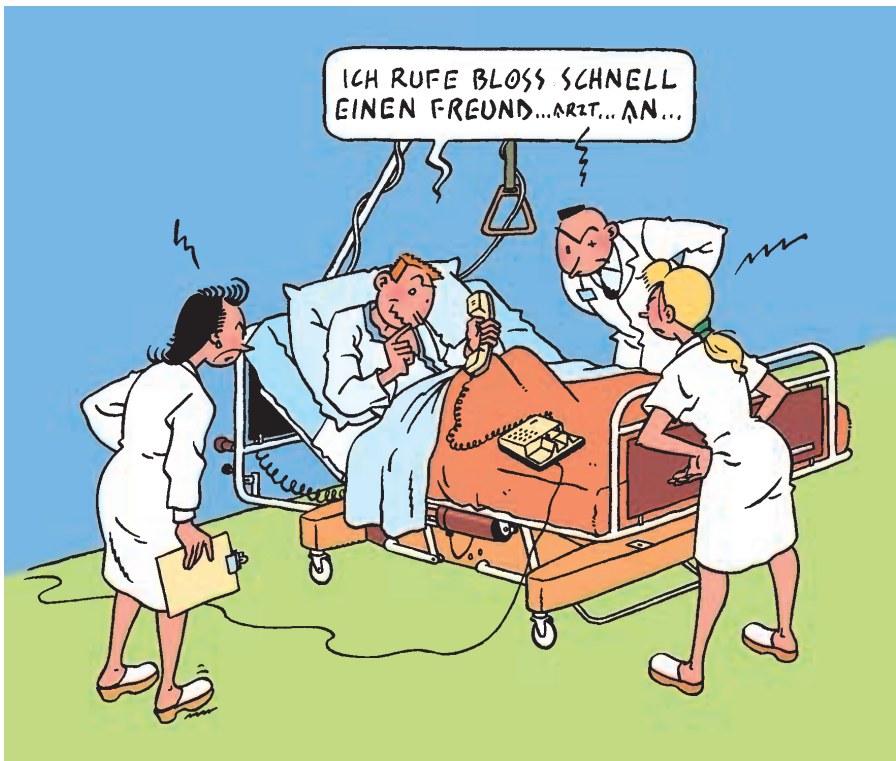


5. Freie Wahl des Leistungsanbieters

Der Patient kann, außer im Notfall, seinen Arzt frei wählen.

Im Falle eines Krankenhausaufenthalts kann der Patient, außer im Notfall, das Krankenhaus und unter den Ärzten, die in diesem Krankenhaus ihren Beruf ausüben, den Arzt frei wählen.

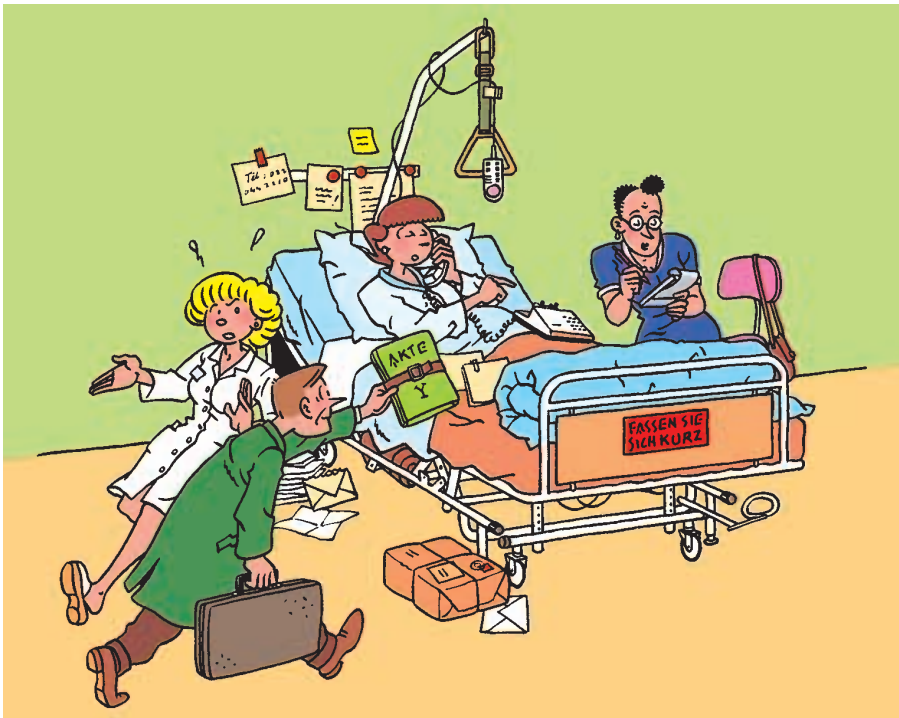
Der Patient hat jederzeit das Recht, sich wegen einer Zweitmeinung über seinen Gesundheitszustand an einen anderen Arzt zu wenden oder sich für eine gemeinsame Beratung mit dem behandelnden Arzt und dem beratenden Arzt zu entscheiden. Die Kosten einer Beratung werden jedoch von der Krankenkasse nicht übernommen, wenn die Beratung eines anderen Arztes desselben Spezialgebiets (eine Intervention des Notarztdienstes ausgenommen) innerhalb von 24 Stunden nach der letzten Beratung stattgefunden hat.



6. Sicherheit der Patienten und Besucher

Jeder Patient und jeder Besucher muss die Sicherheitsbestimmungen einhalten, die in der Hausordnung des Krankenhauses vorgesehen sind.

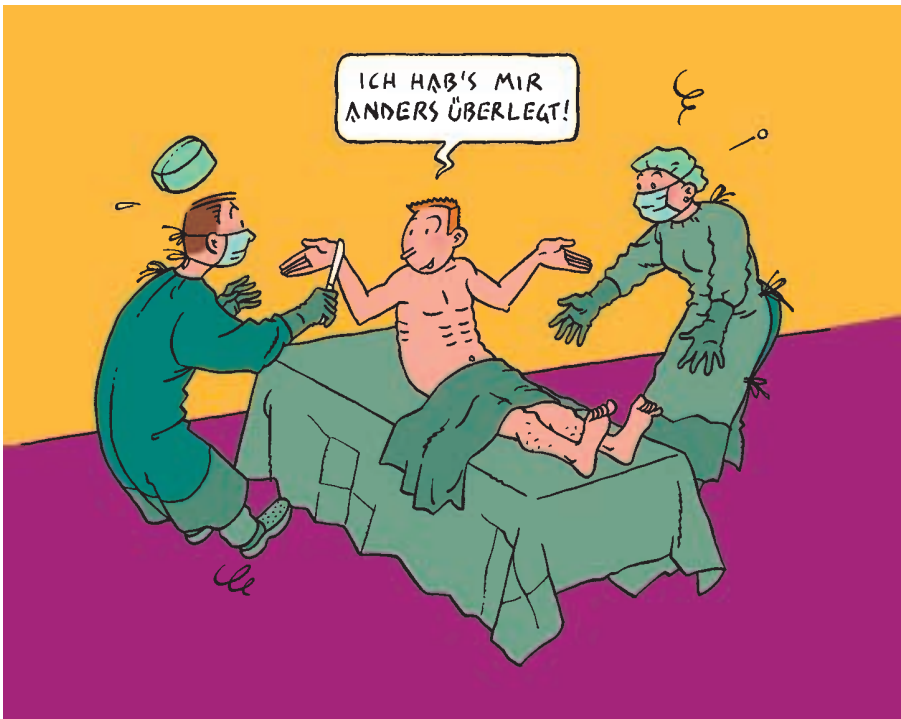
Besucher müssen sich außerdem an die Besuchsordnung und die Besuchszeiten halten.



7. Mitwirkung an der Ausbildung und an Studien im Rahmen der medizinischen Forschung

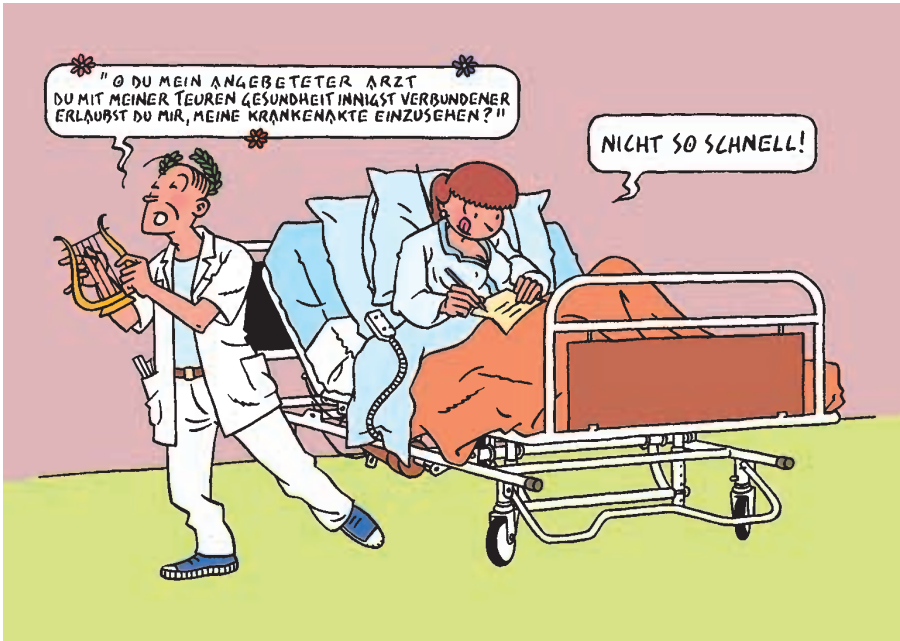
Für die Mitwirkung eines Patienten an der Ausbildung, z.B. wenn ein Patient Medizinstudenten vorgestellt werden soll, ist die Einwilligung des Patienten oder seines gesetzlichen Vertreters erforderlich.

Bei Behandlungen im Rahmen der medizinischen Forschung ist für die Mitwirkung an einer Studie die freie und aufgeklärte schriftliche Einwilligung des Patienten oder seines gesetzlichen Vertreters erforderlich. Der Einwilligung muss eine angemessene und umfassende Information des Patienten über die Ziele, die Methoden und den erhofften Nutzen, die potenziellen Risiken und Unannehmlichkeiten und sein Recht, nicht an der Studie teilzunehmen und die Teilnahme jederzeit abubrechen, vorausgehen.

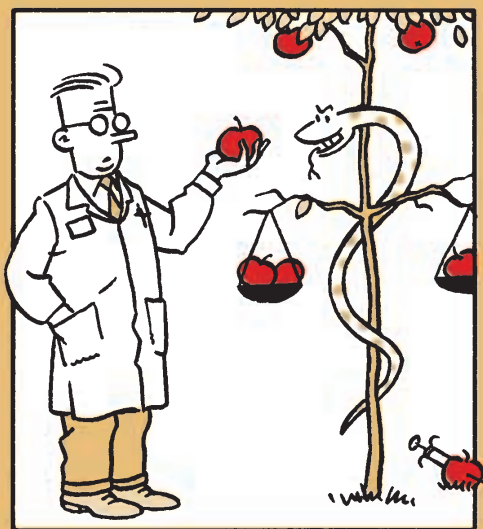


8. Hilfestellungspflicht des Pflege- und medizinischen Personals

Angehörige von Gesundheitsfachberufen sind verpflichtet, dem Patienten bei der Wahrnehmung seiner Rechte Hilfestellung zu leisten.



II. Verletzung der Sorgfaltspflicht, Behandlungsfehler und Rechtsmittel





9. Schadensfeststellung

Erleidet ein Patient durch eine Behandlung einen Schaden, kann er Klage einreichen und zwar:

- Zivilrechtlich, um den Ausgleich des erlittenen Schadens zu erlangen (Schadensersatz)
- Strafrechtlich, um den Verantwortlichen zu bestrafen (Geld- und/oder Freiheitsstrafe)
- Disziplinarverfahren, um durch einen Verweis, eine vorläufige Dienstenthebung oder den Entzug der Zulassung eine Warnung des Verantwortlichen zu erreichen um zu vermeiden, dass weiterer Schaden verursacht wird.



Irrtum

Die Rechtsprechung trägt der Unvollkommenheit der medizinischen Wissenschaft und der menschlichen Zuverlässigkeit Rechnung. Angehörige von Gesundheitsfachberufen haften nicht für bloßes Versehen, das in gewissem Maße der Ausübung eines Berufes eigen ist, bei dem die Meinungen ebenso vielfältig wie geteilt sind. Ein Behandler haftet z.B. nicht, wenn ihm lediglich ein Diagnoseirrtum unterläuft. Denn solange die Diagnose sorgfältig und nach den Regeln der medizinischen Wissenschaft gestellt und eine angemessene Behandlung nach allgemein anerkannten Grundsätzen des Arztberufs verordnet und angewendet worden ist, kann dem Arzt keine Nach- oder Fahrlässigkeit im Beruf vorgeworfen werden.

Behandlungsfehler und Verletzung der Sorgfaltspflicht

Ein Behandlungsfehler ("Kunstfehler") und damit die Verletzung der Sorgfaltspflicht ist gegeben, wenn ein offensichtlicher Irrtum, eine offenkundig ungeeignete Behandlung, eine klare Verletzung der Regeln der medizinischen Wissenschaft oder die Unkenntnis allgemein bekannter Tatsachen der medizinischen Wissenschaft vorliegt. Kunstfehler werden jedoch nicht nur nach der zur Last gelegten Handlung bewertet, sondern auch nach den Umständen, unter denen sie begangen wurden.



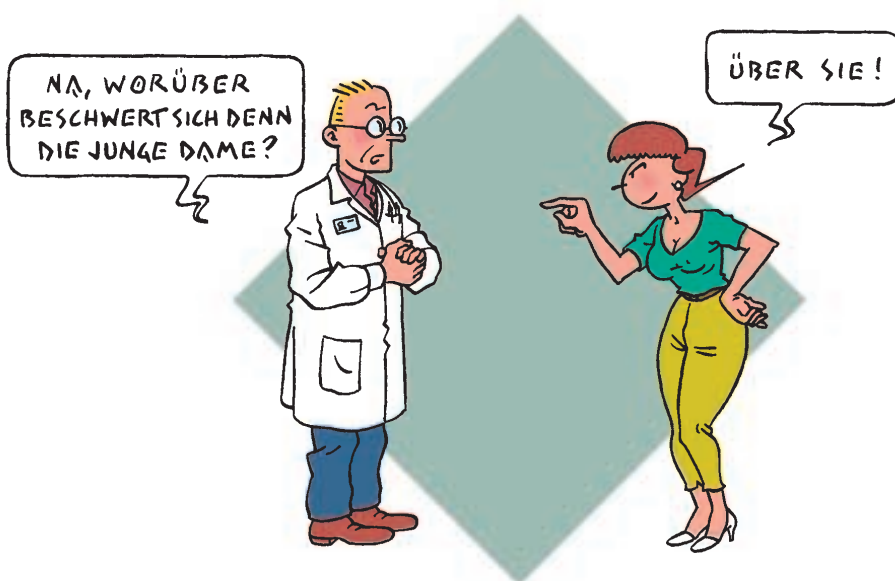
10. Schlichtung

Es ist jedem Patienten, der sich in seinen Rechten verletzt sieht, zu empfehlen, vor einer Beschwerde zunächst eine Schlichtung mit dem Behandler oder im Krankenhaus mit der Direktion zu versuchen. Denn nicht selten ist ein Rechtsstreit die Folge mangelnder Kommunikation zwischen dem Patienten und seinem Behandler.

Die Patiente Verriedung asbl unterstützt die Einrichtung einer Schlichtungsstelle, die jede Streitfrage zwischen dem Patienten und seinem Leistungsanbieter rasch lösen kann, ohne dass der Gang vor die Gerichte notwendig ist.

11. Beschwerdeverfahren

Ist der Konflikt trotz seiner Einigungsversuche nicht beizulegen, kann der Patient eine Beschwerde an die Gesundheitsdirektion (Direction de la Santé), die Ärztekammer (Collège Médical) und/oder die Aufsichtskommission (Commission de Surveillance) bei der Union der Krankenkassen (Union des Caisses de Maladie, UCM) richten. Die Patiente Verriedung asbl unterstützt den Patienten, soweit dies möglich ist, bei allen seinen Schritten und berät ihn zuvor über die Erfolgschancen einer Beschwerde.

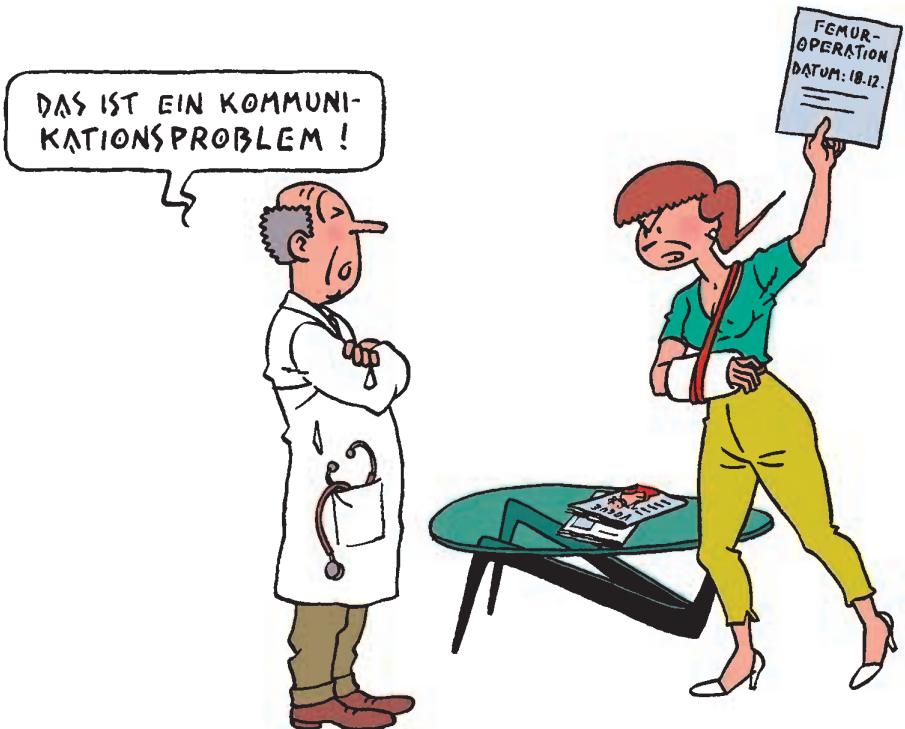


12. Gerichtsverfahren

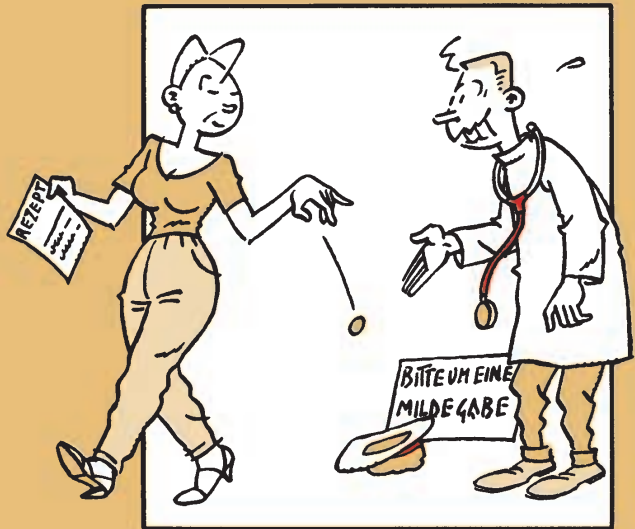
Das Zivilverfahren wird durch eine Schadensersatzklage eingeleitet, die beim Gericht oder beim Obersten Gerichtshof (Cour Supérieur de Justice) einzureichen ist.

Das Strafverfahren wird durch Erstattung einer Strafanzeige beim Generalstaatsanwalt (Procureur Général) oder bei einer Polizeistelle eingeleitet.

Ansichts der Komplexität diesbezüglich empfehlen wir, vor jedem Zivil- oder Strafverfahren einen Rechtsanwalt zu konsultieren.



III. Rechnungen und Honorare





13. Verfahren bei Anfechtung einer Rechnung

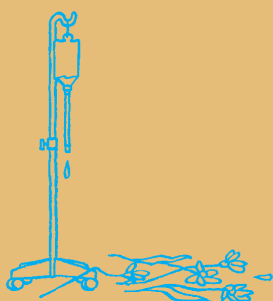
Ist man mit einer Rechnung nicht einverstanden, sollte man als Erstes mit dem Arzt oder einem Vertreter des Krankenhauses sprechen.

Im Falle einer Anfechtung in Rechnung gestellter Leistungen oder der nur teilweisen oder ganz unterbliebenen Erstattung des Rechnungsbetrags kann sich der Patient zunächst um Auskunft an die Patient*in*ne Vertriebung asbl wenden, bevor er die entsprechenden Schritte bei der Aufsichtskommission der Krankenkassenunion einleitet.

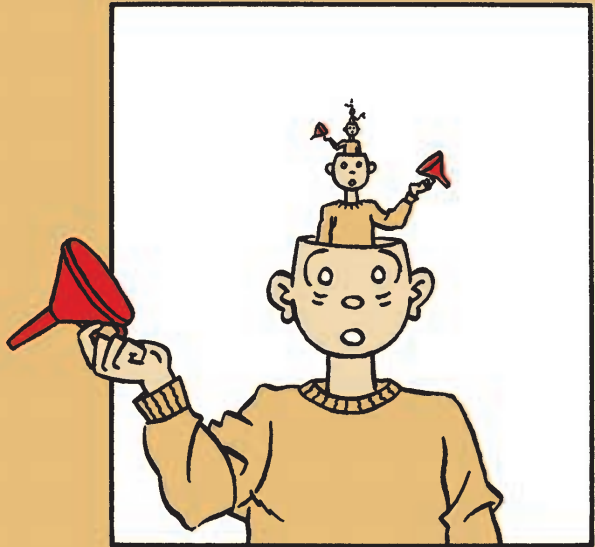
Die Aufsichtskommission ist für Streitfälle zuständig, die ihr von einem Versicherten oder einem Leistungsanbieter vorgelegt werden.

Entscheidet die Aufsichtskommission, dass sich der Leistungserbringer nicht an die Tarife gehalten hat, gemäss der Leistungsverzeichnisse, Verträge oder Vereinbarungen über Tarifüberschreitungen festgelegt wurden, ordnet sie die Rückerstattung des zu Unrecht berechneten Betrags an den Versicherten an. Andernfalls stellt die Krankenversicherung die Ansprüche des Versicherten gemäß den geltenden Gesetzen, Verordnungen und Statuten fest.





IV. Psychiatrie



Wir möchten zunächst den besonderen Charakter einer psychischen Störung betonen, denn sie kann das Urteilsvermögen des Patienten stark beeinträchtigen, ohne dass sein Bewusstsein oder seine Wachsamkeit vermindert oder eine Einweisung in ein Krankenhaus notwendig ist.



14. Unterbringung und Behandlung

Generell gilt für die Psychiatrie wie für jeden Bereich des Gesundheitswesens, dass jede diagnostische oder therapeutische Maßnahme die Einwilligung des Patienten voraussetzt.

Psychisch kranke Menschen müssen nach Möglichkeit in ihrem gewohnten Lebensumfeld behandelt werden. Sie dürfen nur dann in einem psychiatrischen Krankenhaus oder einer geschlossenen Anstalt untergebracht werden, wenn sie durch schwere psychische Störungen für sich selbst und andere zur Gefahr werden.

Der Patient hat während des Krankenhausaufenthalts das Recht auf eine seinem Zustand angemessene Behandlung. Die Behandlung muss auf einem individuellen Behandlungsplan beruhen, der von qualifiziertem medizinischem und Pflegepersonal angewendet wird. Die Behandlung muss nach Möglichkeit auf die Wiedereingliederung des Patienten in die Gesellschaft ausgerichtet sein.

Die Behandlung muss unter Achtung der freien Meinungsäußerung des Patienten und seiner religiösen oder philosophischen Überzeugungen erfolgen. Sie muss die körperliche Gesundheit des Patienten, seine familiären und sozialen Kontakte und seine kulturelle Entfaltung fördern.



V. Besondere Problembereiche





15. Organentnahme

Laut Gesetz vom 25. November 1982 können jeder volljährigen Person, deren letzter gesetzlicher Wohnsitz in Luxemburg war und die zu Lebzeiten eine Entnahme nicht nachweisbar abgelehnt hat, nach dem Tod Organe und Gewebe entnommen werden. Handelt es sich bei dem Verstorbenen um einen geschäftsunfähigen Volljährigen oder einen Minderjährigen, ist die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters erforderlich.

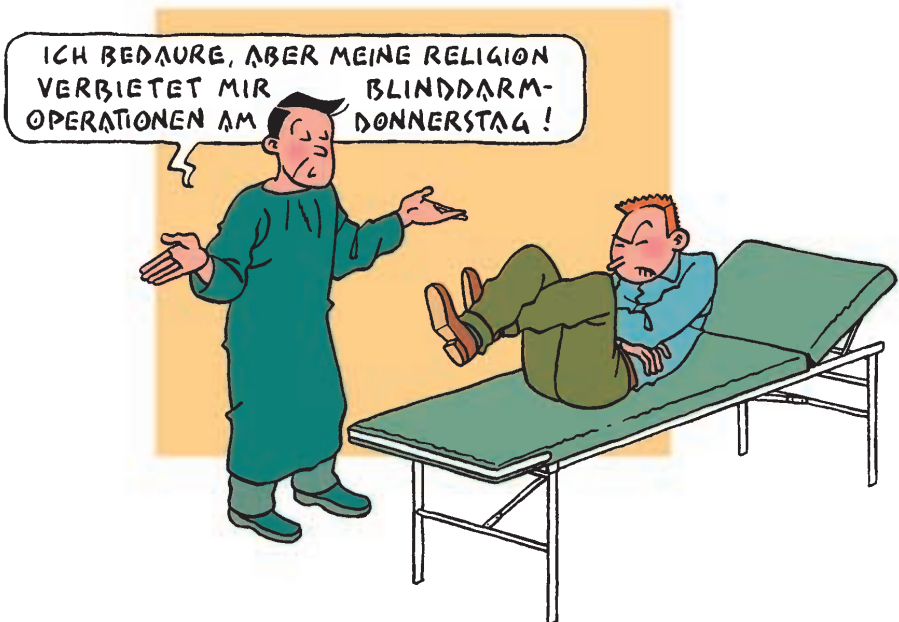
In der Praxis steht es dem Arzt jedoch frei, die Angehörigen des Toten zu konsultieren.

Beim Gesundheitsministerium oder bei Luxembourg-Transplant kann ein Organspenderausweis oder eine Organspendenverweigerung angefordert werden.



16. Gewissensfreiheit der Behandler

Angehörige von Gesundheitsfachberufen haben das Recht, eine Behandlungsanfrage aus beruflichen oder persönlichen Gründen (Abtreibung, psychiatrische Zwangsbehandlung usw.) abzulehnen. In diesem Fall müssen sie den Patienten an einen Kollegen überweisen. Dagegen ist jeder Angehörige eines Gesundheitsfachberufs unabhängig von seinen persönlichen Überzeugungen verpflichtet, einem Menschen im Notfall zu helfen.



17. Zweitmeinung

Bei schwerwiegenden Eingriffen oder in besonderen Fällen kann es sinnvoll sein, eine ärztliche Zweitmeinung einzuholen.

Mit "Zweitmeinung" ist die zusätzliche Beratung durch einen anderen als den Arzt gemeint, der zuvor konsultiert worden ist.

Die Einholung einer Zweitmeinung bedeutet nicht, dass man seinem Arzt misstraut.

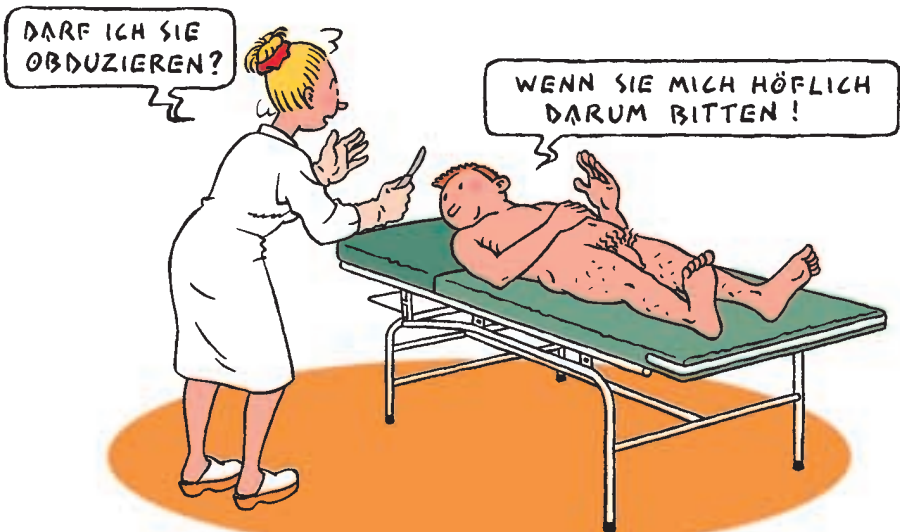
Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Zweitberatung von der Krankenkasse nur dann übernommen wird, wenn sie, eine Intervention des Notarztdienstes ausgenommen, mindestens 24 Stunden nach der ersten Beratung stattgefunden hat.



18. Autopsie

Die Bitte um die Öffnung einer Leiche (Autopsie oder Obduktion) ist im luxemburgischen Recht nicht geregelt. In der Praxis gilt jedoch, dass die Familie die Autopsie eines Verstorbenen aus wissenschaftlichen Gründen erbitten kann.

Ist die Todesursache unklar, können sowohl die Familie als auch der Arzt eine Autopsie verlangen. Allerdings muss zuvor die Staatsanwaltschaft in Kenntnis gesetzt werden.



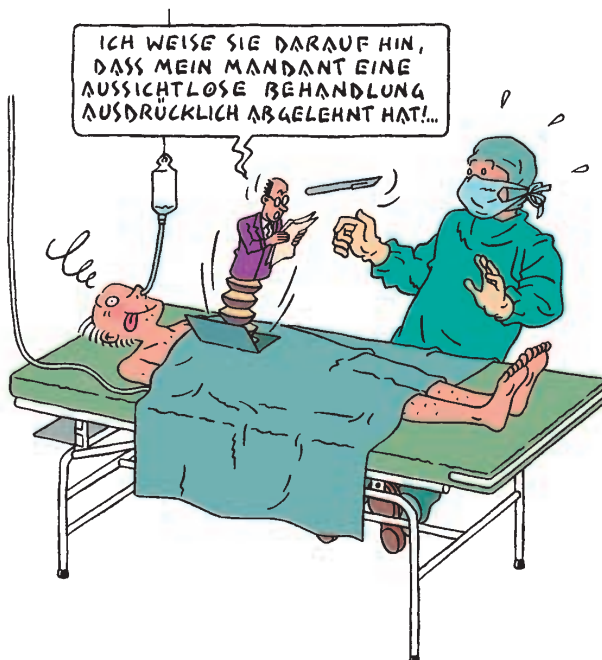
19. Schmerzlindernde Behandlung und "Therapiebesessenheit"

Jeder Patient hat Anspruch auf die präventive (vorbeugende), kurative (heilende) oder palliative (schmerzlindernde) Behandlung, die sein Gesundheitszustand gemäß den bei der Diagnose und/oder der Behandlung im Rahmen der Wissenschaft und des Berufsstandes ermittelten Daten erfordert.

Bei unheilbaren Erkrankungen im Endstadium muss der Behandler das körperliche und seelische Leiden des Patienten durch eine geeignete Behandlung, aber ohne "Therapiebesessenheit", d.h. ohne aussichtslose, leidensverlängernde Weiterbehandlung, und durch weitestmögliche Aufrechterhaltung der Lebensqualität beim Sterben lindern. Der Patient hat das Recht, eine schmerzlindernde Behandlung abzulehnen.

Der Behandler muss dem Sterbenden bis zum Ende Beistand leisten und dabei so vorgehen, dass der Patient seine Würde wahren kann. Er leistet auch den Angehörigen des Patienten Beistand, um ihnen bei der Bewältigung der Situation zu helfen.

Der sterbende Patient hat das Recht auf ständige Begleitung durch mindestens eine Person seiner Wahl unter Bedingungen, die seine Würde wahren.



VI. Verschiedenes

20. Die wichtigsten geltenden Gesetze

- Gesetz vom 28. August 1998 über die Krankenhäuser (Memorial A, 1998, Seite 1563)
- Gesetz vom 10. August 1992 über den Schutz der Jugend (Memorial A, 1995, Seite 1913)
- Gesetz vom 26. März 1992 über die Ausübung und Aufwertung bestimmter Gesundheitsberufe (Memorial A, 1992, Seite 806 und 1995, Seite 27)
- Gesetz vom 25. November 1982 zur Regelung der Entnahme von Gewebe/ Organe menschlichen Ursprungs (Memorial A, 1982, Seite 2020)
- Gesetz vom 26. Mai 1988 über die Unterbringung psychisch kranker Menschen in psychiatrischen Krankenhäusern oder Anstalten (Memorial A, 1988, Seite 560 und 638)
- Zivilgesetzbuch
- Strafgesetzbuch und Strafprozessordnung
- Sozialversicherungsordnung, Statuten der UCM (www.secu.lu)
- Berufsordnung der Ärzte und Zahnärzte, von der Ärztekammer erlassen und vom Gesundheitsminister genehmigt (Memorial A, 1991, Seite 707)

21. Begriffsbestimmungen

Anamnese (Krankengeschichte): alle dem Arzt vom Patienten oder seinem Umfeld erteilten Auskünfte über die Geschichte einer Krankheit oder die Umstände, die ihr vorausgegangen sind.

Angehöriger eines Gesundheitsfachberufs/Behandler: Arzt, Zahnarzt, Pflegehelfer, Senior-Assistent, medizinisch-technischer Assistent, Krankenpfleger, Krankenpfleger in der Reanimationsanästhesie, Kinderkrankenpfleger, psychiatrischer Krankenpfleger, Masseur, Entbindungspfleger/Hebamme, Sozialhygieneassistent, Sozialhelfer, Diätassistent, Ergotherapeut, graduerter Krankenpfleger, Laborant, Masseur und Krankengymnast, Logopäde, Orthoptist, Heilpädagoge, Bewegungstherapeut.

Geschäftsunfähigkeit: Unfähigkeit, ein Recht zu genießen oder es selbst auszuüben.

Leistungsanbieter: Ärzte, Zahnärzte, Gesundheitsberufe, Krankenhäuser, Labors für medizinische Analysen und klinische Biologie, therapeutische Kureinrichtungen, Rehabilitationseinrichtungen, Anbieter von orthopädischen Prothesen, von Orthesen und Epithesen, Apotheker, Optiker, Anbieter von Blutprodukten und Personen, die Patiententransporte durchführen.

Minderjähriger: eine Person, die noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet hat.

22. Nützliche Adressen

PATIENTE VERTRIEDUNG asbl

18, rue Dicks
L-1417 Luxemburg
Tel.: 49 14 57-1 - Fax: 49 14 58
www.patientevertriedung.lu

MINISTÈRE DE LA SANTÉ - DIRECTION DE LA SANTÉ

(Ministerium für Gesundheit - Direktion für Gesundheit)
Allée Marconi - Villa Louvigny
L-2120 Luxemburg
Tel.: 478-1 - Fax: 46 79 62
www.etat.lu/MS - E-Mail: MINISTERE-SANTE@MS.etat.lu

COLLÈGE MÉDICAL

(Arztekammer)
90, boulevard de la Pétrusse
L-2320 Luxemburg
Tel.: 478-55 14 - Fax: 47 56 79

CONSEIL SUPÉRIEUR POUR CERTAINES PROFESSIONS DE SANTÉ

(Oberster Ausschuss für bestimmte Gesundheitsberufe)
90, boulevard de la Pétrusse
L-2320 Luxemburg
Tel.: 478-55 48 - Fax: 47 27 20

UNION DES CAISSES DE MALADIE

(Union der Krankenkassen)
125, route d'Esch
L-1471 Luxemburg
Tel.: 49 83 31-1 - Fax: 49 83 32

COMMISSION DE SURVEILLANCE DES ASSURANCES SOCIALES

(Aufsichtskommission der Sozialversicherungen)
pour adresse : CAISSE DE PENSION DES EMPLOYÉS PRIVÉS
1A, boulevard Prince Henri
L-1724 Luxemburg

ASSOCIATION DES MÉDECINS ET MÉDECINS-DENTISTES

(Verband der Ärzte und Zahnärzte)
29, rue de Vianden
L-2680 Luxemburg
Tel.: 44 40 33-1 - Fax: 45 83 49

PARQUET GENERAL

(Generalstaatsanwaltschaft)
Palais de Justice
12, côte d'Eich
L-2010 Luxemburg
Tel.: 47 59 81-1 - Fax: 47 05 50

MITGLIEDER DER PATIENTE VERTRIEDUNG asbl

OGB-L

60, boulevard J.F. Kennedy
L-4002 Esch-sur-Alzette
Tel.: 54 05 45-1 - Fax: 54 16 20
www.ogb-l.lu - E-Mail: ogb-l@ogb-l.lu

FLTL

Postfach 131
L-1016 Luxembourg
Tel.: 42 24 18 - Fax: 42 24 19

FNCTTFEL

63, rue de Bonnevoie
L-1260 Luxembourg
Tel.: 48 70 44-1 - Fax: 48 85 25
www.fncttfel.lu - E-Mail: info@fncttfel.lu

UNION SYNDICALE LUXEMBOURG

Val des Bons Malades
L - 2121 Luxembourg
Tél.: 43 25 79 - Fax: 43 29 64

CAISSE COMPLEMENTAIRE MUTUALISTE DUDELANGE

1, rue A. Liesch
L - 3474 DUDELANGE

AKUT asbl

2, rue de la Boucherie
L-1247 Luxembourg
Tel.: 22 33 75 - Fax: 22 28 73
www.akut.org - E-Mail: info@akut.org

ASSOCIATION POUR LE DROIT DE MOURIR DANS LA DIGNITE LUXEMBOURG asbl - ADMDL

37 rte de Longwy
L - 4750 PETANGE

FOYER DE LA FEMME

98, boulevard J.F. Kennedy
L-4170 Esch-sur-Alzette
Tel.: 54 26 23 - Fax: 54 23 49

LRIV - LETZEBUERG RENTNER - AN INVALIDE VERBAND

BP 421
L-4005 ESCH-SUR-ALZETTE

PSYCHESCH SELBSTHÄLFE

Postfach 2438
L-1024 Luxemburg
Tel.: 81 00 06 - Fax: 26 88 52 46

SPINA BIFIDA asbl

5, chemin de Bousberg - Postfach 20
L-7763 Bissen
Tel.: 85 91 88 - Fax: 85 85 40

ALA - ASSOCIATION LUXEMBOURG ALZHEIMER

BP 5021
L-1050 Luxemburg
Tel.: 42 16 76-1 - Fax: 42 16 76-30
Helpline 24/24 : 26 432 432
www.alzheimer.lu

Herausgeber:

Ministère de la Santé
Villa Louvigny
Allée Marconi
L-2120 Luxemburg

Redaktion und Auskünfte:

Patienten Vertriebung asbl
18, rue Dicks
L-1417 Luxemburg
Tel.: 49 14 57-1 - Fax: 49 14 58
www.patientevertriebung.lu

Cartoons:

EXEM
Mit Nicolas Schweizer für die Farben

Danksagung:

Forum Santé - Genf

Layout:

Millenium Advertising

Die Veröffentlichung dieser Broschüre erfolgte mit der finanziellen Unterstützung vom

MINISTÈRE DE LA SANTÉ



erstellt von:



18, rue Dicks L-1417 Luxembourg
Tel.: 49 14 57-1 - Fax: 49 14 58
www.patientevertretung.lu

mit finanzieller Unterstützung vom:

